

BRITTA PETERSEN ÜBER KRIEG UND OPFER IN AFGHANISTAN

## Das Verdrängte kehrt zurück

Jeder Mensch, der durch die Hand eines anderen ums Leben kommt, ist ein Toter zu viel. Man könnte deshalb Pazifist werden. Dann muss man aber auch bereit sein, entweder Unrecht und Gewalt hilflos zu ertragen oder im Stile Gandhis sein eigenes Leben in die Waagschale zu werfen.

Das kommt für die wenigsten in Frage; schon gar nicht für einen Staat, der eine Schutzfunktion gegenüber seinen Bürgern hat. Armeen sind deshalb unvermeidlich. Und im 21. Jahrhundert sind sie vor allem in asymmetrischer Kriegsführung mit einem Terrorismus konfrontiert, der keinen Staat kennt. Dies ist eine Erkenntnis, die sich in der deutschen Politik – mit Ausnahme der Linkspartei – längst durchgesetzt hat. Der Einsatz in Afghanistan ist unvermeidlich, weil sich Deutschland mit einem Rückzug als europäische Mittelmacht aus der Weltpolitik verabschieden würde.

Es ist deshalb hochgradig kontraproduktiv, bei jedem neuen Kriegsges-

ten den Einsatz infrage zu stellen. Wir sind den Soldaten, die eine lebensgefährliche und wichtige Aufgabe übernehmen zu Dank verpflichtet und zu größtmöglicher Unterstützung von Seiten der Politik. Es ist ein Skandal, dass keine Bundesregierung bisher bereit war, den Bürgern reinen Wein über die Realität einzuschenken – und über die zukünftige Rolle Deutschlands in der Welt nachzudenken. Als Exportweltmeister können wir uns zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung nicht mehr im toten Winkel der Weltpolitik verstecken.

Das gilt auch für die Medien. Wir müssen im breiten Stil darüber reden, wer wir sind und was wir sein wollen und können. Falls US-General Stanley McChrystal die deutsche Politik nächste Woche daran erinnern sollte, wäre ihm zu danken. Denn es gilt auch für den Krieg die psychologische Erkenntnis: Alles Verdrängte kehrt zu-

Schwerpunkt SEITE 3



FRAUKE BÖGER ÜBER BISCHOF MIXAS RÜCKTRITT AUF RATEN

## Die Hand Gottes

Bischof Walter Mixa räumt also ein, es könnte schon sein, dass ihm mal die Hand ausgerutscht sei. Dass er niemals „Watschn“ verteilt hat, hat ihm eh keiner geglaubt. Das ist vielleicht auch nicht das Entscheidende. Entscheidend ist, dass er gleich mit seinen ersten Äußerungen, er habe ein reines Herz und er habe niemals Gewalt angewandt, gezeigt hat, dass er nicht versteht, worum es geht. Nämlich darum, Transparenz herzustellen und den Opfern mit Respekt zu begegnen.

Natürlich ändern sich die Zeiten: Ohrfeigen sind noch nicht lange verpönt, erst vor zehn Jahren ist hierzu-lande das entsprechende Gesetz geändert worden. Anderswo ist die Frage, ob man seine Kinder schlagen und züchtigen darf, sogar noch hoch umstritten. In Neuseeland etwa wird seit zwei Jahren vehement gegen eine Gesetzesänderung, welche die Prügelstrafe für Kinder sanktionieren soll, protestiert.

Mixas schroffe Reaktionen vor zwei Wochen zeigen, dass ihm seine eigene Autorität wichtiger ist als alles andere. Ihn als Opfer der Diffamierung darzustellen, war als Strategie des Bistums ein Hohn gegenüber den Opfern seiner Erziehungsmethode. Mit seiner Haltung hat er sie als Lügner und Verwirrte darzustellen versucht, und mit seinem Versprechen, er werde für sie beten, hat er gut katholisch noch eins draufgesetzt.

Mixa streitet immer noch ab, Kinder mit Fäusten bearbeitet zu haben, wie es mehrere Heimkinder eidesstattlich bezeugen. Also heißt es jetzt noch mal zwei Wochen warten, dann kommt möglicherweise auch hier ein Eingeständnis, ein Hinweis auf die anderen Zeiten, auf Lücken im Gedächtnis und vielleicht ja sogar die Entschuldigung, die die Opfer sich wünschen. Und vielleicht dann der Rücktritt. In dem Fall könnte man sagen: besser spät als nie.

Inland SEITE 4

**Mixa hat nie verstanden, worum es geht: um Transparenz und um Respekt vor den Opfern**

DOMINIC JOHNSON ÜBER DIE BRITISCHE TV-DEBATTE

## Wahlkampf ohne Gewinner

Ausgerechnet während das Ansehen der Politiker in Großbritannien einen Tiefpunkt erreicht, bereichert ein neues Element den britischen Wahlkampf: die Fernsehdebatte zwischen Premierminister Gordon Brown, Oppositionsführer David Cameron und Liberalchef Nick Clegg.

Interessant war das Spektakel am Donnerstagabend aber nur, weil sich die britische Wählerschaft bisher standhaft weigert, sich für irgendeine Partei wirklich zu interessieren. Und dass Clegg, das Leichtgewicht unter den dreien, als relativer Gewinner aus der Show hervorging, hatte höchstens mit Neugier auf ein unbekanntes und eher unbelastetes Gesicht zu tun, weniger mit der Zustimmung zu einem Parteiprogramm, das mit Merkwürdigkeiten wie einem Freizügigkeitsverbot für Immigranten innerhalb des Staatsgebiets aufwartet.

Bis Donnerstagabend wusste die Mehrheit der britischen Wähler nicht einmal, wie der Führer der Liberalen

überhaupt aussieht. Jetzt erwartet sie ein Wahlkampf zwischen drei zunehmenden als gleichwertig beurteilten politischen Strömungen. Wenn die weiteren Debatten diesen Trend bestätigen, ist der Wahlausgang völlig offen.

Die verbleibenden Wochen vor der Parlamentswahl am 6. Mai drohen daher spannend zu werden, als es den Wählern lieb ist. Der Favorit Cameron wirkt blass, Amtsinhaber Brown abgenutzt. Wenn keiner die absolute Mehrheit schafft, werden die Liberalen unter Clegg Königsrichter. Je besser er sich schlägt, desto mehr wird er unter Druck kommen, eine Koalitionsaus-sage zu machen. Dies kann er aber nicht, denn es gibt darüber keinen Konsens in seiner Partei: gut möglich, dass die Wähler dieses Spielchen nicht götlichen und sich auch hier enttäuscht abwenden. Dann steht am Ende nicht der Aufbruch in eine neue Ära, sondern die Ausweitung der Politikverdrossenheit.

Ausland SEITE 8

## Tabu frisst Sicherheit

**ABRÜSTUNG** Wer verhindern will, dass Iran sich die Atombombe besorgt, muss endlich Israels Atomwaffen in den Abrüstungsverhandlungen thematisieren

Seit Wochen wird an einem neuen Sanktionsbeschluss gegen den Iran gebastelt: Frankreich befürwortet harte Sanktionen auch gegen iranische Ölexporte, die USA plädieren für Maßnahmen gegen den iranischen Finanzsektor, die Bundesregierung bevorzugt Sanktionen gegen die Führung der Islamischen Republik, Russland prüft wohlwollend alle Vorschläge. Nur China tanzt bisher aus der Reihe.

Beide Seiten, der Westen und Iran, mobilisieren gegenwärtig für ihre Positionen. Obama nutzte den Atomgipfel Anfang dieser Woche in Washington, um China in das antiiranische Lager zu ziehen. Der Iran kontert dieser Tage mit einer eigenen nuklearen Abrüstungskonferenz unter dem Motto „Atomenergie für alle – Atomwaffen für niemanden“.

Dabei ist aus Sicht der USA und der EU einschließlich der Mainstreammedien der Iran derjenige, der bar jeder Vernunft handelt und den Westen wieder neu provoziert. Umgekehrt werfen der offiziellen Iran und mit ihm die blockfreien Staaten der westlichen Seite ein *double standard*, Missachtung des Völkerrechts und imperialistisches Gehabe vor.

### Die Täuschungsmanöver

Irgendwie scheinen beide Seiten ein wenig recht zu haben, und irgendwie scheinen beide Seiten auch ganz andere Ziele zu verfolgen, als sie vorgeben. Die westliche Seite behauptet, die Weiterverbreitung von Atomwaffen verhindern zu wollen. Und die iranische Seite pocht auf ihr im Vertrag zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) verankertes Recht und meint, Irans Energieversorgung durch die Nukleartechnik sichern zu wollen. Schaut man aber genauer hin, dann fällt auf, dass beide Seiten den eigentlichen Konflikt, nämlich das Sicherheitsdilemma im Mittleren und Nahen Osten, so systematisch wie konsequent umgehen.

Israel hat sich nämlich bereits in den 1960er-Jahren entschieden, das eigene Sicherheitsdilemma, hervorgerufen durch die Übermacht der Israel umgebenden arabisch-islamischen Staaten (ungleiche Bevölkerungszahl, Ressourcen, Soldaten, Waffenarsenale), durch eigene Atomwaffen zu beseitigen. Es schaffte sich heimlich bis zu 300 Atombomben und auch die erforderlichen Trägersysteme wie Raketen mittlerer Reichweite und U-Boote an. Machtpolitisch und militärstrategisch erscheint Israels Politik plausibel. Ebenso plausibel erscheint allerdings

auch, dass Israels atomare Vorherrschaft ein neues Sicherheitsproblem für alle anderen Staaten schuf, die in der Reichweite von Israels Trägersystemen liegen.

### Alle umgehen das Kernproblem

Obwohl dieses unbestreitbar regionale Sicherheitsproblem der eigentliche Grund ist, weshalb die Islamische Republik den Aufbau eigener Nuklearkapazitäten betreibt, hat keine der beiden Seiten, haben weder USA, EU noch Iran – und auch das ist ein Fakt – sich bisher auf dieses Problem bezogen. Warum eigentlich nicht?

Die westliche Seite hätte ja Iran anbieten können, im Gegenzug für einen Verzicht auf Ananreicherung dem iranischen Sicherheitsbedürfnis ernsthaft Rechnung zu tragen. Bei ihren bisherigen Offerten wurde Irans Sicherheitsproblem bestenfalls angedeutet. Könnte es sein, dass die USA Israels atomare Vorherrschaft – sei es wegen des Einflusses der israelischen Lobby auf die US-Präsidenten, sei es wegen der eigenen hegemonialen Vorherrschaft im Mittleren und Nahen Osten – nicht zur Disposition stellen wollen und daher den NPT lediglich als Vorwand benutzen, um Irans Atomwaffen zu verhindern?

Auch die Islamische Republik und alle ihre Regierungen haben bisher strikt verweigert, von der westlichen Seite zu verlangen, Israels Atomwaffen in die Verhandlungen einzubeziehen. Könnte es wiederum sein, dass die iranische Seite im Wissen, dass Israels Atombomben nicht verhandelbar sind, ebenso konsequent den NPT als

Vorwand benutzt und Zeit gewinnen will, um irgendwann doch die eigenen Nuklearkapazitäten zu schaffen und damit das regionale „Gleichgewicht des Schreckens“ herzustellen?

Alle Indizien sprechen dafür, dass beide Seiten die Weltöffentlichkeit über ihre wahren Ziele täuschen und versuchen, diese mit dem NPT zu rechtfertigen. Das Hin und Her, mit dem die Weltöffentlichkeit seit etlichen Jahren hingehalten wird, deutet auf eine Wahl zwischen Pest und Cholera hin: Entweder eskaliert der Konflikt zu einem neuen Krieg mit Folgen für Menschen, Wirtschaft und Umwelt, die die Katastrophen aller bisherigen Kriege im Mittleren und Nahen Osten in den Schatten stellen. Oder aber dem Iran gelingt der Griff nach der Atombombe, dann wird in der Region ein nukleares Wettrüsten in Gang gesetzt, das zur Verschwendung regionaler Ressourcen führt und auch die Feindbilder zwischen Arabern, Iranern, Türken, Kurden, zwischen Moslems, Christen und Juden vervielfältigt, die die Demokratiebewegungen im Iran und in der ganzen Region auf Jahrzehnte blockieren.

Irans atomare Aufrüstung ist die schlechteste aller sicherheitspolitischen Lösungen für Iran und die Region, genauso wie Israels Atomwaffen die ungeeignetste aller Alternativen sind, die Sicherheit der israelischen Bevölkerung vor realen Bedrohungen dauerhaft herzustellen. Diese kann auch niemals gegen die islamisch-arabischen Nachbarstaaten, sondern nur mit ihnen erreicht werden. Gegenteilige Annahmen entspringen nicht der Vernunft, sondern purer Ideologie oder einem Überlegenheitswahne.

### Irans atomare Aufrüstung ist die schlechteste aller Lösungen für Iran und die Region – genauso wie Israels Atomwaffen

#### Mohssen Massarrat

ist emeritierter Professor für Politik und Wirtschaft der Universität Osnabrück, unter anderem mit dem Schwerpunkt Internationale Politik – Mittlerer und Naher Osten.



Foto: privat

### Neues Wettrüsten droht

Die Lösung des Sicherheitsproblems aller Staaten und Menschen im Mittleren und Nahen Osten ist und bleibt die Perspektive der gemeinsamen Sicherheit einschließlich einer atomwaffenfreien Zone und die Kooperation in der Region. Der aktuelle Iran-Konflikt konnte letztlich auch in dieser Perspektive eine gerechte Lösung finden. Als erste vertrauensbildende Maßnahme dazu müssten USA und EU sehr ernsthaft und konsequent Israel auffordern, dem NPT beizutreten, um auf dieser neuen Grundlage mit dem Iran zu verhandeln. Obamas Vorstoß in diese Richtung verschwand bald im innenpolitischen Gezänk um seine Gesundheitsreform, er müsste jedoch dringend und erneut auf die weltpolitische Agenda gesetzt werden.

MOHSSEN MASSARRAT